

Theo Sommer

CHINA FIRST



**DIE WELT AUF DEM WEG INS
CHINESISCHE JAHRHUNDERT**

C·H·Beck

C·H·Beck

PAPERBACK

Theo Sommer blickt in diesem Buch hinter die Kulissen der chinesischen Expansion, die einem ehrgeizigen Masterplan folgt. Das Seidenstraßen-Projekt stellt wichtige Handelswege zwischen Asien, Afrika und Europa unter chinesische Kontrolle. Ebenso planmäßig erfolgen Investments in europäische und gerade auch deutsche Firmen. Außenpolitisch trumpft China immer mehr auf, in Asien auch militärisch. Der neue starke Mann Xi Jinping hat sich eine Machtfülle gesichert, wie sie nicht einmal Mao hatte. Er perfektioniert den Überwachungsstaat mit einem an Orwell gemahnenden «Sozialkreditsystem», in der Provinz Xinjiang gar mit einem Lagersystem. Die «Corona-App» überwacht die Bürger unter dem Vorwand der Gesundheitsvorsorge auf Schritt und Tritt. Auch in Hongkong sind Menschenrechte und bürgerliche Freiheiten bedroht. Wer Theo Sommers luzides Buch voller überraschender Fakten und Zusammenhänge gelesen hat, wird China und den Westen mit anderen Augen sehen.

Theo Sommer, Journalist und Historiker, war zwanzig Jahre lang Chefredakteur der *ZEIT* und zusammen mit Marion Gräfin Dönhoff und Helmut Schmidt Herausgeber der Hamburger Wochenzeitung. Asien ist eines seiner großen Lebensthemen. Er reist seit fast fünf Jahrzehnten immer wieder nach China, oft als Begleiter hochrangiger politischer Delegationen, und hat vielfach zur Rolle Chinas in Asien publiziert.

Theo Sommer

China First

**Die Welt auf dem Weg
ins chinesische Jahrhundert**

C.H.Beck

Dieses Buch erschien zuerst 2019 in
gebundener Form im Verlag C.H.Beck.
1.-3. Auflage. 2019

Mit 12 Abbildungen, 6 Grafiken und 8 Karten

1., aktualisierte und erweiterte Auflage in C.H.Beck Paperback. 2020

© Theo Sommer, Hamburg 2019

Für diese Ausgabe:

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2019

Umschlaggestaltung: Kunst oder Reklame, München

Umschlagabbildung: Hauswand in Schanghai mit Plakaten von Chinas
Staatspräsident Xi Jinping, März 2016. © picture alliance/AP Photo

Satz: Fotosatz Amann, Memmingen

ISBN Buch 978 3 406 75584 2

ISBN eBook (epub) 978 3 406 75585 9

ISBN eBook (PDF) 978 3 406 75586 6

Die gedruckte Ausgabe dieses Titels erhalten Sie im Buchhandel
sowie versandkostenfrei auf unserer Website

www.chbeck.de.

Dort finden Sie auch unser gesamtes Programm und viele
weitere Informationen.

*Meinen Enkelkindern
Jan, Jonathan, Freddie, Greta, Rupert und Konstantin,
die das chinesische Jahrhundert erleben werden*

Inhalt

Vorwort	9
----------------	---

Einleitung

Die Chinesen kommen? Sie sind schon da!	II
---	----

Erster Teil

China erwacht

1. Vier Jahrzehnte China im Visier	33
2. Und die Menschenrechte?	46

Zweiter Teil

Wirtschaftliche Supermacht mit Plan

3. Chinas beispielloser Wirtschaftsaufstieg	61
4. Die Schattenseiten des Aufstiegs	87
5. Chinas rote Magnaten	105
6. Die Chinesen auf Einkaufstour	129
7. Der Rückschlag: Wie viel China ist zu viel?	148

Dritter Teil

Chinas neue Weltpolitik

8. Außenpolitik: Poltergeist oder Partisan der Besonnenheit?	171
9. Xi Jinping: Make China great again!	184
10. Die neuen Seidenstraßen	213

11.	China rüstet auf	252
12.	Auftrumpfen im Südchinesischen Meer	278

Vierter Teil

Gefährliche Spannungsfelder

13.	China und Japan: Ewige Erbfeindschaft?	297
14.	Im asiatischen Spannungsfeld: China und Indien . .	307
15.	Eine prekäre Entente: China und Russland	321
16.	In der Thukydides-Falle: Krieg zwischen den USA und China?	355
17.	Die Taiwan-Frage: Zeitlupenkrise oder Zeitbombe? .	366
18.	Donald Trump: Wider die neue «Gelbe Gefahr» . . .	380
19.	Die deutsch-chinesischen Beziehungen	415
20.	China und der Westen: Keine Illusionen, keine Obsessionen	434

Dank	469
Literatur	471
Bildnachweis	482
Register	483

Vorwort

Dies ist nicht das Buch eines Sinologen. Es ist das Werk eines Journalisten, der seit fast sieben Jahrzehnten die Weltpolitik begleitet, sie an ihren Brennpunkten erlebt und in Aberhunderten von Analysen, Leitartikeln und Vorträgen kommentiert hat. Asien war eines der großen Themen meines Lebens. Den Zugang dazu habe ich mir buchstäblich mit der Brechstange eröffnet: Als ich 1951 einen Sommer-Job in der Bibliothek der University of Chicago fand, musste ich mit diesem Werkzeug riesige Holzkisten öffnen. Sie enthielten die Akten des Tokioter Kriegsverbrecherprozesses, des Gegenstücks zu den Nürnberger Prozessen. Ich las mich fest in den Dokumenten über die deutsch-japanischen Beziehungen während des Dritten Reiches. Zunächst wurde daraus der Entwurf einer Magister-These, dann in Tübingen meine Doktorarbeit: «Deutschland und Japan zwischen den Mächten, 1935–1940». Sie wurde ins Japanische übersetzt und brachte mir 1962 eine erste Einladung ins Reich des Tenno. In den folgenden Jahren flog ich öfter nach Japan, erschloss mir aber nach und nach auch die Nachbarn Korea, Taiwan und Hongkong. Mehrfach berichtete ich für die *ZEIT* von der Dschungelfront des Vietnamkrieges.

Der Blick auf China faszinierte mich schon damals. Im Tross von Helmut Schmidt kam ich dann bei dessen Staatsbesuch in der Volksrepublik 1975 zum ersten Mal nach Peking, Nanking und Urumtschi. In den nächsten vier Jahren – den Umbruchsjahren nach Maos Tod 1976 und vor dem Beginn der Öffnungs- und Reformpolitik Deng Xiaopings Ende 1978 – war ich regelmäßig dort. Anfang 1979 veröffentlichte ich mein Buch *Die chinesische Karte*. Noch war China Steinzeit, aber es zeichnete sich bereits ab, dass es sich mit aller Macht in die Moderne und zu neuer weltpolitischer Größe katapultieren würde.

Seitdem war ich immer wieder in der Volksrepublik, meist in politisch-journalistischen Angelegenheiten, das letzte Mal jedoch als touristischer Mitfahrer auf einer Teilstrecke der von der *ZEIT* und China Tours organisierten Busreise Schanghai–Hamburg. Zugleich jedoch hatte ich China immer aus der Warte seiner Nachbarn im Blick: als Mitglied des Deutsch-Japanischen Forums (seit seiner Gründung 1993), Vorsitzender der Deutsch-Indischen Beratungsgruppe (1996–2007), Mitgründer, Vorsitzender (2002–2007) und bis heute Mitglied des Deutsch-Koreanischen Forums; als Vorsitzender der Gesellschaft für Asienkunde (2003–2007) übrigens auch aus wissenschaftlicher Sicht.

Der Wiederaufstieg des Reichs der Mitte verändert nicht nur das globale Mächtemuster, er hat auch tiefen Einfluss auf das Alltagsleben der Menschen in allen Erdteilen. In diesem Buch erzähle ich die Geschichte des chinesischen Erwachens, schildere das phänomenale Wirtschaftswunder der zurückliegenden vierzig Jahre und beschreibe den unbändigen geopolitischen Ehrgeiz der Pekinger Führungselite. Der Höhenflug Chinas – ein Ereignis von weltgeschichtlicher Bedeutung – stellt den Westen vor eine beispiellose Herausforderung. Noch ist sie nicht ganz in unser Bewusstsein gedrungen. Es ist höchste Zeit, sich darauf einzustellen, wenn wir uns im 21. Jahrhundert behaupten wollen.

Hamburg, im April 2020

Theo Sommer

Einleitung

Die Chinesen kommen? Sie sind schon da!

Die Menschheit erlebt derzeit den dramatischsten geopolitischen, geostrategischen und geoökonomischen Wandel seit einem halben Jahrtausend. Genau genommen ist es die dritte historische Machtverschiebung der neueren Geschichte. Die erste war der Aufstieg Europas, der sich um das Jahr 1500 anbahnte, als Kolumbus Amerika entdeckte und Vasco da Gama über den Seeweg den indischen Subkontinent erreichte. Die zweite Machtverschiebung setzte Ende des neunzehnten Jahrhunderts ein, als die Vereinigten Staaten auf die Weltbühne traten, die sie dann hundert Jahre lang beherrschten – politisch, ökonomisch und militärisch. Heute sind wir Zeugen der dritten historischen Wandlung: einer gewaltigen Verschiebung von Macht und Wohlstand vom Westen zu den aufstrebenden Ländern der übrigen Welt. *The West and the Rest*, in Niall Fergusons einprägsamer Formulierung, finden sich mit einem Mal in einem völlig neuen Verhältnis zueinander wieder.

Das neunzehnte Jahrhundert war das Jahrhundert Europas, das zwanzigste das American Century. Das einundzwanzigste Jahrhundert, so lauteten die meisten Vorhersagen um die Jahrtausendwende, werde das Jahrhundert Asiens, genauer: das chinesische Jahrhundert.

Immer wieder steht in den Schlagzeilen: «Die Chinesen kommen». Doch die Chinesen sind schon da. In den letzten vierzig Jahren haben sie einen in der ganzen Weltgeschichte beispiellosen Aufschwung genommen. Seit dem Beginn von Deng Xiaopings Wirtschaftsreformen und der Öffnung Chinas zur Welt Ende 1978 ist das Bruttoinlandsprodukt um das Siebzigfache gestiegen, das Pro-Kopf-Einkommen und der Export um das Fünzigfache. Seit 2010 ist China die größte

Handelsmacht und seit 2012 die zweitgrößte Volkswirtschaft der Erde. Im Laufe dieses Jahrzehnts wird es Amerika überholen und seinem Sozialprodukt nach wieder das sein, was es bis Anfang des neunzehnten Jahrhunderts gewesen ist: die größte Nationalökonomie auf unserem Planeten.

Der Aufbruch hat China verändert: 700 bis 800 Millionen der 1,4 Milliarden Chinesen haben sich über die Armutslinie in den Mittelstand hochgearbeitet, alle, die noch in Armut leben, sollten bis 2020 daraus befreit werden. Die Grundbedürfnisse der Menschen sind erfüllt, für 2021 ist das Ziel ein «umfassender bescheidener Wohlstand» mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 12 000 Dollar. Bis 2035 will das Land sich ins Mittelfeld der starken Industrienationen vorarbeiten, bis 2049 an deren Spitze treten. Von der exportgetriebenen Entwicklung schwenkt China nun um auf einen gesteigerten Binnenkonsum und den Ausbau des «Internets der Dinge». Entschlossene Digitalisierung soll der Wirtschaft einen entscheidenden Schub nach vorn geben. Auf den Forschungsfeldern Künstliche Intelligenz, Quantencomputer und Big Data prescht das Land machtvoll voran; bis 2030 will China das führende KI-Zentrum der Welt sein.

Im März 2015 veröffentlichte die Regierung ihren Masterplan «Made in China 2025». Es ist ein gigantisches Aufholprogramm, das die alten Industriestaaten bis Mitte des nächsten Jahrzehnts abhängen soll. Zehn Schlüsselindustrien sollen bis dahin an die Weltspitze gehievt werden: Informationstechnologie, Robotik, Luft- und Raumfahrt, Meerestechnik und Schiffbau, Hochgeschwindigkeitsschienenverkehr, alternative Automobilantriebe, Energieerzeugung, neue Werkstoffe, Landwirtschaftsmaschinen, Biomedizin und medizinische Geräte. So soll 2025 der Anteil der chinesischen Hersteller an Hightech-Produkten auf dem einheimischen Markt 70 Prozent erreichen; auch sollen bis dahin die meisten wichtigen Werkstoffe im Lande produziert werden. Dabei greift der Staat den künftigen *global champions* mit Fördergeldern in Höhe von vielen hundert Milliarden Dollar unter die Arme. Allein ein Forschungsfonds für Halbleiter erhält über 100 Milliarden Dollar. Der Sektor Künstliche Intelligenz (KI) soll bis 2030 zu einer 150-Milliarden-Industrie hochgepöppelt werden, die weltweit führend ist und auch die Standards für die anderen setzt. «China führte einst die Welt an, und es wird dies bald wie-

der tun,» prophezeit Tang Xiao'ou, der Gründer des Pekinger KI-Pioniers SenseTime. Darauf ist auch der Ehrgeiz des Staatspräsidenten Xi Jinping gerichtet.

Im April 2018 stand Xi in Yichang auf dem Drei-Schluchten-Damm und erklärte den versammelten Arbeitern im Blaumann, China werde seinen eigenen Weg zur technologischen Supermacht gehen. Das Weiße Haus fest im Blick, sagte er: «In der Vergangenheit haben wir den Gürtel enger geschnallt, die Zähne zusammengebissen, Atombomben, Wasserstoffbomben und Satelliten gebaut. Auch beim nächsten Schritt in die Zukunftstechnologie müssen wir alle Illusionen fahren lassen und uns ganz auf uns selbst verlassen.»

Machen wir uns nichts vor: «Made in China 2025» ist auch eine Kampfansage an die westlichen Industrienationen, die Bundesrepublik eingeschlossen. Zwar darf man wohl bezweifeln, dass die Chinesen ihr Ziel bis 2025 erreichen; es wird mit Sicherheit länger dauern. Das räumt sogar Ministerpräsident Li Keqiang ein. Den deutschen Sorgen, dass chinesische Firmen, wenn sie sich erst einmal die fortgeschrittene Technologie angeeignet hätten, über Nacht zu Konkurrenten würden, hielt er beschwichtigend entgegen, die chinesische Fertigung müsse «bis zum Einstieg in die Middle- und High-End-Produktion noch einen recht langen Weg gehen, und zwischen beiden Ländern wird die Komplementarität in Industrie und Technik noch lange Bestand haben». Aber schaffen werden es die Chinesen am Ende. Und dann?

Torsten Benner vom Berliner Global Public Policy Institute mag übertrieben haben mit seiner Aussage: «Wenn «Made in China 2025» gelingt, können wir zusammenpacken und nach Hause gehen.» Das Gleiche gilt für die Aussage von Peter Navarro, dem Handelsdirektor im Weißen Haus: «China hat Amerikas Zukunftsindustrien aufs Korn genommen, und Präsident Donald Trump versteht besser als sonst einer, dass Amerika keine wirtschaftliche Zukunft haben wird, wenn China die neu aufsteigenden Industrien erobert.» Doch dürfen wir die Herausforderung auch nicht auf die leichte Schulter nehmen. China ist nicht länger nur ein riesiger Absatzmarkt für uns und ein Produktionsstandort mit unerschöpflichen Kapazitäten, es ist ein mächtiger, potentiell erdrückender Konkurrent geworden.

Auch weltpolitisch strebt China an die Spitze. Die Pekinger Füh-

rung will die Größe und Würde der chinesischen Zivilisation wiederherstellen und die Demütigung überwinden, die es nach seiner gewaltsamen Öffnung durch den Westen im Opiumkrieg von 1839–1842 rund hundert Jahre lang hat erfahren müssen. Die fremden Mächte zerstückelten das Reich der Mitte in protektoratsähnliche Einflusszonen und überzogen es – erst die Europäer, dann die Japaner – mehrfach mit Krieg. Sie annektierten riesige Gebiete und entrissen der Staatsverwaltung zentrale Bereiche. Bis 1930 übten sie die Zollhoheit aus; das Seezollamt und das Salzinspektorat standen noch länger unter ausländischer Kontrolle. Erst im Zweiten Weltkrieg wurden die juristische Exterritorialität und andere Sonderprivilegien der Westmächte abgeschafft, und noch lange danach wehte die sowjetische Flagge über Port Arthur. Seine Souveränität hat China erst nach dem Sieg der Kommunisten zurückerlangt. Damit war die schmachvolle Epoche vorbei, in der jeder nach Lust und Laune durch die «offene Tür» nach China hineinspazieren konnte. In den Schulen werden den Kindern bis heute die vier Zeichen *wuwang guochi* eingebläut – «Nie die nationale Erniedrigung vergessen!».

Der britische Autor Tom Miller schrieb 2016 das Buch *China's Asian Dream*. Die Chinesen träumten davon, war seine These, ihren historischen Status als Asiens Vormacht wiederherzustellen. Doch seitdem ist klar geworden, dass der Traum von neuer Größe weit über die Grenzen der alten Tribut- und Vasallenstaaten hinausreicht. Staatspräsident Xi Jinping macht überhaupt kein Geheimnis daraus. «Die chinesische Nation erhebt sich mit neuem Selbstbewusstsein im Osten der Weltkugel», verkündete er auf dem 19. Parteitag der chinesischen Kommunisten. Und er wirft nun das ganze wirtschaftliche Gewicht seines Landes in die Waagschalen der Weltpolitik. Sein Führungswille verändert das globale Mächtemuster, er hat Großes vor mit der Volksrepublik. Nicht länger sieht er sie als Regionalmacht, vielmehr will er sie ins «Zentrum der Weltbühne» rücken. Zur mächtigsten Militärmacht will er sie machen, zur größten und führenden Wissenschaftsmacht, zur Innovationsgroßmacht, zur Infrastruktur-Supermacht, zum Anführer im Kampf gegen den Klimawandel, zur Weltkulturmacht und zur Weltfußballmacht. Eine «Schicksalsgemeinschaft der Menschheit» will er aufbauen, der er «weise chinesische Ideen für Problemlösungen» anbietet und eine «Harmonie der Viel-

falt», was nichts anderes heißt als die kompromisslose Anerkennung aller chinesischen Positionen.

Das alles war so dick aufgetragen, dass es überall im Westen Argwohn und Kritik erregte. Dies veranlasste die Partei Mitte 2018, die Medien anzuweisen, Chinas Ziele und Errungenschaften nicht mehr so überschwänglich anzupreisen. Arroganz mache ein Land nicht mächtig, hieß es nun. Deswegen solle nicht mehr behauptet werden, die Volksrepublik rücke «ins Zentrum der Welt» und sei «in vielen Bereichen die unangefochtene Nummer eins». Auch soll der Masterplan «Made in China 2025», der die alten Industriestaaten zu einschneidenden wirtschaftspolitischen Gegenmaßnahmen bewog, nicht mehr erwähnt werden. Es handle sich dabei nur um das Papier einiger Wissenschaftler, die damit «die Führung, die Öffentlichkeit und sogar sich selbst getäuscht haben». Doch soll Staatspräsident und Parteichef Xi Jinping, der den ganzen Rummel schließlich selbst losgetreten hatte, wirklich von ein paar Ökonomen hereingelegt worden sein? Einleuchtender ist da schon die Erklärung, dass er es angesichts der westlichen Gesetzesinitiativen gegen seinen Technologie-Feldzug angebracht fand, eine verbalkosmetische Korrektur vorzunehmen – ohne freilich im Geringsten von seiner auf Weltgeltung und Innovationsführerschaft angelegten Politik abzugehen.

Ebenso wenig wird Xi von dem neuen Modell der «Großmachtbeziehungen» lassen, das er seit seinem Amtsantritt propagiert. Es verlangt Respekt vor Chinas «Kerninteressen». Dazu gehören Taiwan, Tibet und Xinjiang, die Inbesitznahme der Inselwelt des Südchinesischen Meeres und der aggressiv verfochtene Anspruch auf die von Japan verwalteten Senkaku-Inseln im Ostchinesischen Meer, darüber hinaus aber auch Chinas «eigener Entwicklungsweg». «Harmonie» und «Respekt» versteht Xi als Hinnahme, ja: Billigung seines weltpolitischen Konzepts, seiner Ziele, seiner Methoden. Dass auch andere Staaten Kerninteressen haben, die zu respektieren sind, blendet er gern aus.

Unter den Staatslenkern unserer Gegenwart ist Xi Jinping der einzige, der ein weltpolitisches *grand design* hat und diesen Entwurf mit einer *grand strategy* zielstrebig zu verwirklichen sucht – nach einer Pentagon-Analyse der «ehrgeizigsten Strategie, der sich ein Staat in neuerer Zeit verschrieben hat». Sein Entwurf wird bewusst oder unbewusst

von zwei Theorien unterfüttert, die vor China noch keine andere Nation gleichzeitig zur Grundlage ihrer auswärtigen Politik gemacht hat: den Gedanken des amerikanischen Seestrategen Mahan und des britischen «Herzland»-Theoretikers Mackinder. In seinem 1890 erschienenen Buch *The Influence of Sea Power on History* hatte der US-Admiral Alfred Thayer Mahan, der «Clausewitz der Meere», die Seemacht zur bedeutendsten geopolitischen Gestaltungskraft erklärt. Hundertzwanzig Jahre danach ließ die chinesische Staatsführung Mahans Ideen wiederaufleben: Wer die Meere beherrscht, der beherrscht die Welt. Zudem griff sie die Heartland-Theorie des Geographen Halford J. Mackinder auf, die der Urheber des Begriffs «Geopolitik» 1904 in seinem Aufsatz «The Geographical Pivot of History» umrissen hatte: «Wer über das östliche Europa herrscht, beherrscht das Herzland» – die Weiten Zentralasiens; «wer über das Herzland herrscht, beherrscht die Weltinsel» – Zentralasien plus Afrika. Auf die Beherrschung der Meere und des Herzlandes zielt Xi Jinpings Seidenstraßen-Initiative.

Der geopolitische Entwurf des chinesischen Präsidenten kommt unter dem harmlosen Banner «Belt and Road Initiative (BRI)» daher, «Gürtel und Straße» in Pekings gedrechselter deutscher Übersetzung. Er knüpft an die alten Handelsrouten an, die das Reich der Mitte einst mit dem Westen verbanden, Marco Polos Seidenstraße im Norden und die maritimen Expeditionsrouten des Admirals Zheng He im Süden. Ursprünglich sollten «Gürtel und Straße» nur das pulsierende Wirtschaftszentrum Ostasiens mit dem Wirtschaftszentrum Westeuropa und der Küstenregion Ostafrikas verbinden. Inzwischen hat Xi praktisch die ganze Welt in den Blick genommen. «Alle Länder, ob in Asien, Europa, Afrika oder den Amerikas, können Zusammenarbeitspartner der Gürtel-und-Straße-Initiative sein», heißt es nun. Neuerdings ist sogar der Plan für eine «Polare Seidenstraße» in der Arktis umrissen worden.

So haben die Chinesen rund 150 Länder und Organisationen dazu aufgerufen, sich am Ausbau der neuen Seidenstraßen zu florierenden Wirtschaftskorridoren zu beteiligen. Mit über achtzig Staaten wurden bereits Kooperationsverträge abgeschlossen. «Konnektivität», Vernetzung, ist die Parole, Ausbau der Infrastruktur das Ziel: Eisenbahnen und Straßen, Pipelines, Kraftwerke, Staudämme und Glasfasernetze sollen zur Grundlage für einen beispiellosen Wirtschaftsaufschwung

in sechs Korridoren werden, die nach Südostasien und Südasien, nach Eurasien und dem Mittleren Osten, Europa, Afrika und Lateinamerika führen. Insgesamt steht für 900 Seidenstraßen-Vorhaben die gewaltige Summe von rund 1000 Milliarden Dollar bereit. Zum Vergleich: Für den Marshall-Plan genehmigte der US-Kongress 1948 bis 1952 alles in allem 13 Milliarden Dollar, nach heutigem Wert etwa 131 Milliarden. Allerdings gab es in Europa nur sechs Empfängerländer der Marshall-Gelder, China hingegen will über 120 Staaten mit seiner Billion bedenken.

Die Chinesen arbeiten sich dabei Schritt für Schritt vor, Region für Region, Sektor für Sektor – nach dem alten chinesischen Grundsatz «Mit den Füßen nach den Steinen tastend den Fluss überqueren» – anders als Mao, der stets zum Großen Sprung ansetzte und dabei jedes Mal ins Wasser fiel. Und sie denken in langen Zeiträumen. «Zweimal hundert Jahre» ist Xi Jinpings Schlachtruf. Bis zum hundertsten Gründungstag der Kommunistischen Partei im Juli 2021 soll «bescheidener Wohlstand für alle» erreicht sein, ehe dann die sozialistische Modernisierung bis 2035 «im Wesentlichen vollendet» wird. Zum hundertsten Gründungstag der Volksrepublik China am 1. Oktober 2049 soll das Reich der Mitte dann «reich, mächtig, demokratisch, kultiviert, harmonisch und schön» dastehen.

Zweifelsohne sind die Chinesen ausdauernd. Nicht von ungefähr zitierte Xi in einem Toast auf Trump die alte chinesische Weisheit: «Keine Entfernung, auch nicht ferne Berge und weite Ozeane, können Leute mit Beharrlichkeit daran hindern, ihr Ziel zu erreichen.» Einen dazu passenden Spruch Benjamin Franklins brachte er ebenfalls noch an: «Wer Geduld hat, kann kriegen, was er will.» Langmut rühmt er auch in dem Band *Xi Jinping erzählt Geschichten* als nachahmenswerte Tugend. In einer der 109 Erzählungen geht es um einen alten Mann und einen Berg, der ihm die Aussicht versperrt. Also beginnt er, den Berg mit Schaufel und Eimer abzutragen. Als ihn die Nachbarn verlachen, denn so werde er es nie schaffen, erwidert er, dann würden es eben seine Kinder und Kindeskinde und deren Nachkommen vollbringen. Die Geduld und die Ausdauer des Alten rühren den Allmächtigen so sehr, dass er den Berg versetzt.

Noch gehen bei uns die Meinungen auseinander, wie dem Aufstieg der Volksrepublik zu begegnen sei. Die Einkaufstour der Chinesen, bei

der sie sich die Rosinen aus dem westlichen Industriekuchen herauszupicken suchen, wurde lange sehr unterschiedlich beurteilt. Viele Unternehmen sahen chinesische Investitionen als belebende oder gar rettende Finanzquelle. Sie blickten in erster Linie auf China als einen riesigen Absatzmarkt für die eigenen Erzeugnisse, was alle anderen Erwägungen erstickte. Doch immer öfter blitzt nun eine beunruhigende Schrift an der Wand auf: Macht euch nichts vor, ihr seid willkommene Steigbügelhalter, bis China im Sattel sitzt, dann aber werdet ihr an die Wand gedrängt. Überall im Westen wächst die Entschlossenheit, dem chinesischen Eindringen Schranken zu setzen.

Auch Pekings Seidenstraßenprojekt ist nicht so harmlos, wie es aussieht. Mit seinen Zuschüssen, Krediten und kompletten Finanzierungspaketen schafft sich China Einflussphären rings um den Globus. Es ist überall willkommen, wo das Geld knapp ist und wo politische, besonders menschenrechtliche Auflagen der Geldgeber unwillkommen sind. Den armen Ländern erscheint es wie der reiche Onkel, der keine Fragen stellt. Während der Westen Strukturreformen verlangt, die Beachtung der Menschenrechte einfordert und Freihandelsabkommen als wirksamstes Instrument bevorzugt, setzt China auf den Bau von Infrastruktur. Seine enormen Kapitalreserven, sein Ingenieurs-Knowhow, seine Produktions- und Baukapazität geben der Globalisierung ein chinesisches Gesicht. Dies gestattet Xi Jinping, sich zum Herold des Multilateralismus aufzuwerfen. Dabei ist er kein Multilateralist, sondern ein Mann des Multi-Bilateralismus: Er verhandelt lieber direkt mit kleineren Staaten, die er unter Druck setzen kann, als mit Staatengemeinschaften, die ihm etwas entgegenzusetzen können.

Weltweit kaufen oder finanzieren und bauen die Chinesen Häfen, Eisenbahnen und Stromnetze. Ihre Hafenstrategie verschafft ihnen mehr und mehr bestimmenden Einfluss auf die Seefrachtrouten rund um den Globus. Eisenbahnen bauen sie in Südostasien, Russland, in der Türkei und im Iran, auf dem Balkan, in Afrika und Lateinamerika. Ferner suchen sie überall Beteiligungen an Stromnetzen. Allein in Europa steckten sie seit 2008 nach der Berechnung von *Le Monde* 34,5 Milliarden in den Energiesektor. In Portugal gaben sie knapp 10 Milliarden Euro für Anteile am den elektrischen Netzen des Landes aus, in Italien 2,1 Milliarden; bei Eandis in Belgien und 50Hertz in

Deutschland kamen sie jedoch nicht zum Zug. In Dänemark investierten sie in die Windkraft, und am britischen Atomkraftwerk Hinkley Point, das von Energie de France (EDF) erbaut wird, übernahmen sie für 7 Milliarden Euro 33,5 Prozent der Anteile. Nicht zuletzt sind sie dabei, eine die eurasische Landmasse umspannende «digitale Seidenstraße» zu bauen.

Zugleich reklamiert China mit seinem Infrastruktur-Kreuzzug Einflusszonen für sich, in denen es nicht nur um Seide und Gewürze oder Fernstraßen, Bahnlinien und Stromnetze geht, sondern um dominierende Gestaltungsmacht. Immer kräftiger rütteln die Chinesen an dem nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen internationalen System. Es geht ihnen um eine neue Weltordnung (siehe Kapitel 10 «Die neuen Seidenstraßen»). Und wo der Westen in Pessimismus versinkt, strotzen sie vor Optimismus. Bei einer Umfrage 2017 sagten 87 Prozent, ihr Land bewege sich in die richtige Richtung (in 27 anderen Ländern lag der Durchschnitt bei 40 Prozent, wobei die Westeuropäer besonders pessimistisch waren).

Von Amerika bis Australien werden Chinas Aufstieg, seine Außenpolitik und seine unaufhörliche Aufrüstung vielfach als potentielle oder gar aktuelle Bedrohung wahrgenommen. Dies gilt zumal für Pekings imperial-expansionistische Strategie in der von mehreren pazifischen Nationen beanspruchten Inselwelt des Südchinesischen Meers und im Ostchinesischen Meer. Auf beiden Konfliktfeldern beschwört das chinesische Vorgehen zudem eine Konfrontation mit den Vereinigten Staaten herauf, bei der es, beabsichtigt oder unbeabsichtigt, zu bewaffneten Zusammenstößen kommen könnte. In Peking wie in Washington gibt es einerseits Hardliner und andererseits Ausgleichsbefürworter; die Ersteren halten einen regelrechten Krieg zwischen China und den Vereinigten Staaten für unausweichlich, die Letzteren warnen beschwörend vor ihm. Als Deng Xiaoping 1997 starb, flammte in Peking noch einmal die Debatte über seine fundamentale Richtungsentscheidung für Öffnung und Modernisierung auf. Ich habe dies damals bei einer Recherchereise hautnah mitbekommen. Noch waren die Traditionsstränge Antiimperialismus und Antimodernismus ziemlich stark. Von einem China, das Nein sagen kann, und vom Widerstandsvermögen der Jugend gegen die dekadenten Ideen des Westens war die Rede. In einem Buch hieb der General Mi Zhangyu in

diese Kerbe: «Im Umgang mit den Vereinigten Staaten müssen wir unsere Rachegefühle pflegen, unsere Fähigkeiten verbergen und uns in Geduld fassen.» Aber es gab auch andere Stimmen. So schrieb die Kantoner Zeitung «Wochenende des Südens», China solle nicht wieder in die törichte Vorstellung verfallen, es sei das Zentrum der Welt. Das Fachblatt «Industrie und Handel» prangerte den «falschen Patriotismus» an. China brauche keine «Kreuzzugsleidenschaft» und «keine krankhaften, selbstverliebten Wahnideen über seine Würde und sein Nationalbewusstsein». Ähnliche Gegensätze gibt es heute nicht mehr, jedenfalls nicht in aller Offenheit. Unter Xi Jinping haben die Hardliner das Sagen – wie auch in Donald Trumps Amerika. Kein Wunder, dass die Spannungen steigen (siehe das Kapitel «Donald Trump: Wider die neue Gelbe Gefahr»).

Viele Beobachter sehen bereits einen neuen Kalten Krieg heraufdämmern. Mit dem Ost-West-Konflikt zwischen Moskau und der freien Welt hätte er freilich wenig gemein. Die Sowjetunion war militärisch und politisch eine Großmacht, doch ökonomisch war sie für den Westen ohne Bedeutung; es tat ihm nicht weh, die UdSSR mit Embargos, Boykotten oder Sanktionen zu belegen. Ganz anders China, dessen Wirtschaft mit den Nationalökonomien der übrigen Welt so eng verflochten ist, dass schon ein Handelskrieg und erst recht ein Kalter Krieg viele im Westen in den Ruin stürzen würde. Auszuschließen ist beides nicht.

Was an Konfrontations-Zunder im Westen bleibt, sind die ideologischen Gegensätze. Die Erwartung, dass China mit wachsendem Wohlstand eine Demokratie werde, wie wir dies in Südkorea und auf Taiwan erlebt haben, hat sich als Illusion erwiesen. Ebenso wenig hat sich die Hoffnung auf Wandel durch Handel erfüllt. Vielmehr hat sich gezeigt, dass der Kapitalismus keineswegs unausweichlich zu einer freiheitlichen Ordnung nach westlichen Begriffen führt; er funktioniert auch ohne Demokratie. Und so schwer uns diese Einsicht auch fallen mag – der wachsende Wohlstand hat die Massen nicht in den Ruf nach Demokratie ausbrechen lassen.

Das Land wird heute von der Partei wieder so fest im Griff gehalten wie zu Zeiten Mao Zedongs. Die Mehrheit der Chinesen jedoch, das ist die durchgängige Erfahrung der in China lebenden und arbeitenden Ausländer, kümmert sich überhaupt nicht um die Partei, solange es

weiter vorwärts und aufwärts geht (und soweit sie ihnen nicht als Karriere-Sprungbrett dient). Minxin Pei, Politikprofessor und China-Spezialist am Claremont McKenna College, bestätigt dies: «Die meisten Chinesen, selbst Parteimitglieder, glauben nicht wirklich an irgendeine offizielle Lehre. ... Die Kommunistische Partei ist im täglichen Leben der gewöhnlichen Chinesen praktisch irrelevant geworden.» «Es gibt in der Volksrepublik keine mächtige Forderung nach Demokratie», befindet auch der französische Sinologe Jean-Pierre Cabestan. Die neue Mittelklasse sei «lepenisiert» und stelle ihr Bedürfnis nach Sicherheit über das Verlangen nach Freiheit. Wohl gebe es vielerlei örtliche Spannungen, doch habe die Partei die finanziellen Mittel und die Unterdrückungsinstrumente, um damit fertigzuwerden. Die neureiche Wirtschaftselite dringe nicht auf Wandel, sondern sei in die Partei eingetreten und finde dort Gehör und Unterstützung für ihre Anliegen. Die Bildungselite aber sei mehr damit beschäftigt, dem Sozialismus chinesischer Prägung eine intellektuelle Fundierung zu geben, als ihn infrage zu stellen; sie rede den Machthabern nach dem Mund.

Der Pekinger Verfassungsrechtler Xu Zhangrun, Xi Jinpings schärfster Kritiker, der im Juli 2018 mit seinem Essay «Derzeitige Befürchtungen und unsere Hoffnungen» Aufsehen erregte und die Führung in der Corona-Krise scharf kritisierte, sieht dies genauso. Als soziale Wesen genossen die Chinesen Freiheit, schreibt er, nicht jedoch als Bürger: «In der Privatsphäre können die Menschen sich begrenzter persönlicher Freiheiten erfreuen, zumal der normalen Vergnügen wie Essen, seinen täglichen Geschäften nachgehen, sich hinter geschlossenen Türen der Intimität hingeben. Sie können ihre Frisur und ihre Kleidung frei wählen, Massagesalons und öffentliche Bäder besuchen, sich mit Speisen vollstopfen und außereheliche Affären anfangen.» Xu zeigt sogar Verständnis dafür. «Man kann nicht einmal kritisieren», sagt er, «dass die Leute lieber normalen Alltagsvergnügen frönen als gefährliche Forderungen nach Bürgerrechten zu erheben. Die Achtung der Privatsphäre erklärt zum großen Teil, dass sie sich mit dem gegenwärtigen politischen Arrangement abfinden.»

Dissidenten, denen unser Herz gehört – zwei Prozent oder fünf Prozent des Volkes? –, fallen gegenüber der passiven Mehrheit kaum ins Gewicht. Wohl auch, weil Xi Jinping kein blutrünstiger, ins Chaos verliebter und jegliche Ordnung immer wieder brutal auf den Kopf

stellender Despot ist, kein chronischer Zerstörer, Vernichter und Verwüster wie einst Mao Zedong; er ist ein rationaler, kaltblütiger, auf Ruhe und Ordnung bedachter Herrscher. Sein China ist ein anderes als dasjenige Maos, aber auch ein anderes als das China Deng Xiaopings.

In den fünf Jahren seiner ersten Amtszeit hat sich Xi Jinping von Dengs Prinzip der kollektiven Führung abgewandt und einen Personenkult wieder aufleben lassen, der – obwohl das Parteistatut jede Form von Personenkult ausdrücklich verbietet – an die Vergötterung Mao Zedongs erinnert, neben dessen Bildnis er neuerdings gern das seine zeigt. Die Trennung von Wirtschaft und Politik, die es eine Zeitlang in mehr als bloßen Ansätzen gab, hat er abgeschafft. Zielstrebig hat er alles wieder unter Kontrolle genommen: die Partei, die Armee, die Unternehmen, die Medien und das Internet, aber auch die aufblühenden Religionsgemeinschaften. Die Begrenzung der Amtszeit des Staatspräsidenten auf zweimal fünf Jahre hat er aufheben und das «Xi-Jinping-Denken» im Statut der Kommunistischen Partei verankern lassen. Darüber hinaus ist er dabei, die Gesellschaft einer digitalen Gesinnungs- und Tugenddiktatur zu unterwerfen, die Orwells 1984 weit in den Schatten stellt. Unter ihm macht sich China auf den Weg vom autoritären zum totalitären Staat. Zugleich ist das United Front Work Department («Einheitsfront») zu einem machtvollen, technisch und finanziell hervorragend ausgestatteten Propaganda-Instrument zur Beeinflussung des Auslands und der chinesischen Diaspora geworden. Seit 2012, als Xi Jinping Generalsekretär wurde, ist das Department um 40 000 Mitarbeiter verstärkt worden. Mit seiner weltweiten Wühlarbeit erinnert es an die Komintern unseligen Angedenkens.

Vor allem jedoch hat Xi sich von Deng Xiaopings außenpolitischem Grundsatz *tao guang yang hui* abgewandt: Haltet euch zurück, drängelt euch nicht vor, wartet die Zeit ab. Mit Dengs Kultur der Zurückhaltung hat er Schluss gemacht. Aus einer Status-quo-Macht ist eine auftrumpfende, eine ausgreifende Macht geworden. Auch Xi Jinping will den Frieden, ist er doch die Voraussetzung für Chinas weiteres Aufblühen. Aber er will einen Frieden, den er selbst gestaltet und beherrscht. Außenpolitik heißt für ihn, «Diplomatie als Großmacht» zu betreiben (wobei die Scheckbuchdiplomatie für die Devisengroßmacht China

der stärkste Pfeil im Köcher ist). Und wo Deng stets darauf bestand, dass China für niemanden ein Modell sei, preist Xi heute sein System als Vorbild für andere an – als Gegenentwurf zu dem des Westens, der gekennzeichnet sei durch «zerrissene Gesellschaften, endlose Machtübergänge und soziales Chaos».

Friedlich soll sich der Wiederaufstieg des Landes vollziehen, aber seine Interessen wird es beinhart vertreten. *China First* oder *Make China great again* könnte die Devise sein, Frieden durch Stärke das Motto. Daher wird auch rasant aufgerüstet. Pekings Sicherheitspolitik scheint auf Chinas Vorherrschaft mindestens im asiatisch-pazifischen Raum hinauszulaufen, was durchaus unfriedliche Konsequenzen haben könnte. Auf jeden Fall wollen die Chinesen mit den Großmächten, zuvörderst mit den Vereinigten Staaten, «auf gleicher Stufe» verkehren (wie Leopold von Ranke zu sagen pflegte, ehe das schiefe Bild von der «Augenhöhe» in Mode kam). Weltmacht zu werden ist Xis Ziel, nicht unbedingt Weltherrschaft. Was er anstrebt, ist regionale Dominanz und globaler Einfluss.

Kulturell will China an die internationale Spitze vordringen. Dafür baut es zielstrebig seine *soft power* aus. Vor dem 19. Parteitag verkündete Xi hochgemut: «Die Soft Power des Landes im Kulturbereich und der Einfluss der chinesischen Kultur wurden beachtlich verstärkt.» Der Begriff wurde einst von dem Harvard-Politologen Joseph Nye geprägt; er beschreibt die Fähigkeit, politische Ziele ohne Anwendung von Zwang oder Gewalt zu erreichen («Nicht deine Rüstung zählt, sondern deine Story»). Im Zeughaus der *soft power* gibt es vielerlei Waffen: Handel, Investitionen und Entwicklungsförderung ebenso wie die Entsendung von Ärzten nach Afrika, Werbung für chinesische Heilkunde (etwa Chi-Meds Antikrebsmittel Savolitinib), für Akupunktur oder für Kalligraphie. Auch hat China mit 600 000 Studierenden aus über 200 Ländern inzwischen die drittgrößte Anzahl ausländischer Hochschulbesucher, zehnmal mehr als 2003; weit über hunderttausend erhalten Stipendien. Der Pianist Lang Lang begeistert wie seine Kollegen Haiou Zhang und Yuja Wang in allen fünf Kontinenten das Publikum. Chinesische Artisten fehlen in keinem großen Zirkus. Und in Hongkong hat Alibabas Jack Ma die hoch angesehene *South China Morning Post* auch zu dem Zweck gekauft, Chinas angeschlagenes Image in der Welt zu verbessern. Er hat

viel Geld in die Modernisierung des Blattes und die Aufstockung des Redaktionspersonals gesteckt. Die Zeitung, die in der Volksrepublik legal nicht zu bekommen ist, ist nach wie vor lesenswert objektiv.

Auch mit ökonomischen Argumenten sucht China seine *soft power* rund um den Globus zur Geltung zu bringen. Beim Davoser Weltwirtschaftsforum Anfang 2017 warf sich Staatspräsident Xi Jinping zum Protagonisten des Freihandels auf und wettete, ohne ihn beim Namen zu nennen, gegen Donald Trumps protektionistisches Programm: «Protektionismus zu verfolgen, ist wie sich in einer Dunkelkammer einzuschließen. Wind und Regen bleiben draußen, aber auch Licht und Luft. Keiner wird aus einem Handelskrieg als Gewinner hervorgehen.» China habe ursprünglich Vorbehalte gegenüber der Globalisierung gehabt und sei sich nicht sicher gewesen, ob es der Welthandelsorganisation WTO beitreten solle. Aber es habe den Mut aufgebracht, sich in den weiten Ozean des Weltmarktes zu stürzen, habe manches Mal Wasser geschluckt und sei in Wirbel oder kabbelige Wellen geraten, doch es habe dabei Schwimmen gelernt. «China wird seine Tür weit offen halten», beteuerte Xi in seiner charmpolitischen Offensive. «Und wir hoffen, dass auch die anderen Länder ihre Türe offen halten werden.» Im Kongressgebäude des Graubündner Skiparadieses wurde Xis Plädoyer für eine *open door policy* kräftig bejubelt, wobei den Wenigsten bewusst war, dass genau dies vor 120 Jahren der Kernbegriff der amerikanischen Chinapolitik war. Erste Schritte zu weiterer Öffnung folgten der vollmundigen Ankündigung Xis allerdings erst nach über einem Jahr, als Trumps Androhung eines Handelskrieges Peking zu zaghaftem Einlenken brachte.

Im Dienste der chinesischen *soft power* stehen selbst die niedlichen, wiewohl in der Wildnis nicht ungefährlichen Panda-Bären, von denen noch fast 2000 in den tropischen Bambus-Dschungeln Chinas leben. Peking verschenkt oder verleiht die seltenen Tiere, Letzteres oft auch gegen eine Gebühr von 1 Million Dollar im Jahr pro Pärchen und mit der Auflage, eventuellen Nachwuchs zu repatriieren. Für die einzelnen Panda-Übergaben behält sich Xi Jinping die letzte Entscheidung vor; sie sind jedes Mal ein politisches Statement. Die Zwillinge Meng Meng («Träumchen») und Jiao Qing («Schätzchen») entzücken seit 2017 die Besucher des Berliner Zoos; Anfang 2020 wurden sie Eltern zweier Junger.

Immer massiver setzt das Regime jedoch ohne Skrupel seine *sharp power* ein. Sie ist weniger als militärische *hard power* und mehr als *soft power*, kulturelle Anziehungskraft. In letzter Zeit hat sich dafür auch der Ausdruck «Influencing» eingebürgert. Nach den Lehranweisungen der Partei soll die Einheitsfront, in der auch die Konfuzius-Institute eine Rolle spielen, «freundlich und inklusiv alle Kräfte vereinen, die vereint werden können», doch zugleich rücksichtslos «eine eiserne Große Mauer» bauen gegen feindliche Kräfte im Ausland, die darauf aus seien, Chinas Territorium aufzusplittern oder seinen Aufstieg zu behindern. «Die Einheitsfront», heißt es in dem Manual, «ist eine große Zauberwaffe, mit der wir 10 000 Probleme loswerden können, um den Sieg zu erringen».

Seit China sich Ende der 1970er-Jahre zu öffnen begann, hat der Westen darauf gesetzt, dass es sich einfügen werde in die nach 1945 entstandene Weltordnung. Auch dies könnte sich noch als Illusion entpuppen. Die Volksrepublik wurde 1971 in die Vereinten Nationen aufgenommen, spielte dort indes lange nur eine eher unauffällige, rein reaktive Rolle. In den frühen Jahren ihrer Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat legte sie nur dreimal ein Veto ein, und es dauerte dreiundzwanzig Jahre, bis sie zum ersten Mal einen eigenen Antrag einbrachte. Mittlerweile greifen die Chinesen immer öfter zum Veto. Sie sind nach den USA und Japan zum drittgrößten Beitragszahler geworden und stellen seit einigen Jahren die meisten Friedenstruppen. Seit 1980 ist China Mitglied der Weltbank und des Weltwährungsfonds, der 2015 den Yuan als eine der fünf Reservewährungen anerkannte; 2001 trat es dem Atomwaffensperrvertrag bei und wurde Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO); seit 1999 ist das Land Mitglied der G-20.

Es profitierte enorm von diesen Mitgliedschaften; so wurde es zum größten Kreditnehmer der Weltbank (was Donald Trump weidlich ärgert). Beim Londoner G-20-Gipfel im Jahre 2009 beteiligte sich China zum ersten Mal an einem internationalen Finanzrettungspaket; es kaufte für 50 Milliarden Dollar IWF-Bonds. 2015 gründete es die Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB). Über 80 Länder, auch westliche, beteiligen sich daran. Die Bank ist eine multilaterale Einrichtung, wiewohl China de facto gegen einzelne Projekte sein Veto einlegen kann. Freilich ist die Zweifelsfrage nie ganz erloschen, ob China damit die bestehenden Finanzinstitutionen ergänzen oder

aber ihnen Konkurrenz machen wolle. Überdies könnte sich das Seidenstraßenprojekt durchaus zum Gerüst eines Parallel-Netzwerks zur Weltbank ausbauen lassen, wenn die Entfremdung zwischen Peking und dem Westen dramatische Dimensionen annähme.

Fünf Leitlinien bestimmen nach Jürgen Osterhammel, dem Konstanzer Globalhistoriker und Asienfachmann, die «chinesische Weltordnung 2.0». *Erstens*: China, das über ein Jahrtausend an der Spitze der internationalen Hierarchie stand, hat das Recht, aufs Neue seinen «natürlichen» Platz als gleichberechtigte Großmacht und wohlmeinender asiatischer Hegemon einzunehmen. *Zweitens*: Die territoriale Einheit des Staates steht nicht zur Disposition; seine Grenzen umschließen auch die spät erst ins Reich eingegliederten Gebiete Taiwan, Tibet und Xinjiang. *Drittens*: Es ordnet sich nicht folgsam in die bestehenden Macht- und Institutionsstrukturen ein, sondern will Normen und Regeln nun selbst mitgestalten. *Viertens*: Der Wohlstand, dessen Vermehrung und Sicherung die wichtigste Legitimationsquelle der Partei ist, wird durch Expansion über die eigenen Grenzen hinaus zum Leitwert der chinesischen Außenpolitik. *Fünftens*: China strebt wirtschaftlich und strategisch Parität mit den USA an.

Kevin Rudd, der frühere australische Premier, heute Präsident des Asia Society Policy Institute in New York und einer der führenden Sinologen der westlichen Welt, hat Osterhammels fünf Leitlinien zu einer Liste der zehn Prioritäten Xi Jinpings erweitert. Dessen oberste Priorität ist es danach, die Kommunistische Partei an der Macht zu halten; seinen autoritären Kapitalismus betrachtet er als Fundament des chinesischen Großmachtstatus, nicht irgendeine Art von Demokratie oder Halbdemokratie. Zweitens hält er die nationale Einheit für unabdingbar, da die Legitimität der Partei entscheidend auf ihrer Bewahrung ruht; daher das scharfe Durchgreifen in Tibet und Xinjiang und die Verhärtung im Verhältnis zu Taiwan. An dritter Stelle folgt das langfristige Wirtschaftswachstum, die Voraussetzung, dass das Pro-Kopf-Einkommen steigt und die Volksrepublik eine technologische Supermacht wird. Die vierte Priorität ist neuerdings die Umweltpolitik samt Bekämpfung des Klimawandels; das Volk verlangt, der Verseuchung von Luft, Wasser und Boden ein Ende zu setzen. Priorität Nummer 5 ist die Modernisierung der Armee und ihr Ausbau zu einer Weltklasse-Streitkraft, die «Kriege führen und gewin-

nen» kann. Das sechste Ziel ist die Herstellung ersprießlicher Beziehungen zu Chinas vierzehn Landnachbarn und den sechs Anrainern auf See – allerdings ohne die Bereitschaft, Abstriche zu machen an Pekings Territorialforderungen im Südchinesischen und Ostchinesischen Meer. Siebtens ist Xi bestrebt, die Amerikaner hinter die zweite Inselkette zurückzudrängen, die von Japan bis zu den östlichen Philippinen verläuft, und die Allianzen der USA mit Seoul, Tokio und Manila zu schwächen – auch, um für die notfalls gewaltsame Wiedereingliederung Taiwans ins Reich der Mitte freie Hand zu bekommen. Achtens: Um die Kontinentalgrenze der Volksrepublik zu sichern, will Xi Jinping die eurasische Landmasse in einen Markt für chinesische Güter, Dienstleistungen, Technologie und Infrastrukturinvestitionen verwandeln; sein Seidenstraßenprojekt soll dafür sorgen, dass Zentralasien und der Mittlere Osten, doch darüber hinaus auch die Europäer sich den chinesischen Interessen gewogen und förderlich erweisen. Ähnlich soll, neuntens, die Maritime Seidenstraße Asien, Afrika und Lateinamerika dem Einfluss Pekings öffnen. Zehntens schließlich will Xi das globale Mächtemuster von Grund auf umgestalten. Dabei verfolgt er eine zweigleisige Strategie: In den Institutionen der nach 1945 von den westlichen Siegermächten geschaffenen liberalen Weltordnung sucht er Chinas Einfluss, seine Personalpräsenz und sein finanzielles Gewicht zu erhöhen, gleichzeitig jedoch baut er parallel dazu neue internationale Einrichtungen wie die Shanghai Cooperation Organization (SCO), sein Seidenstraßen-System «Belt and Road» (BRI) oder die Asiatische Infrastruktur-Investitions-Bank (AIIB) auf – erste Ansätze zu einer sino-zentrischen Weltordnung.

Was das Verhältnis zu den Vereinigten Staaten angeht, so bleibt abzuwarten, ob sich die Chinesen mit Parität begnügen werden. Die Art, wie sie selbst ihre Ambitionen formulieren, legt den Schluss nahe, dass sie die Vereinigten Staaten als Weltführungsmacht ablösen wollen. Das Silicon Valley auf dem Feld der digitalen Technologie abzuhängen, ist dabei ein Schlüsselement ihrer Strategie. Deswegen investieren sie massiv in Forschung und Entwicklung und subventionieren ihre Hightech-Industrie mit Hunderten von Milliarden. Durch Wirtschaftsspionage und Cyber-Diebstahl verschaffen sie sich weitere ihrer Entwicklung förderliche Erkenntnisse. Auf diese Weise haben sie sich mit der Installation von knapp 50 Milliarden Gigawatt im

Jahr schon an die Spitze der Solarindustrie gesetzt und ihre Internet-Giganten Baidu, Alibaba und Tencent – ursprünglich chinesische Kopien von Google, Amazon und Facebook – herangezüchtet. Dabei wurden immer wieder die WTO-Regeln verletzt, ohne dass dies negative Folgen für China gehabt hätte. Die beschleunigte Digitalisierung aller finanziellen Vorgänge und gesellschaftlichen Beziehungen verschafft dem Staat nun riesige Mengen personalisierter Daten und damit auch beispiellose Möglichkeiten, seine Bürger unter ständiger und lückenloser Kontrolle zu halten: Big Brother trifft Big Data. Dies perfektioniert und sichert die Herrschaft des Regimes. Sigmar Gabriel traf den Nagel auf den Kopf, als er sagte: «Die digitale Revolution erlaubt es autoritären Regimes, noch autoritärer zu werden.»

«So wie Amerika an Anwälte glaubt, glaubt China an Ingenieure», sagt Pedro Domingo, dessen Buch *The Master Algorithm*, ein Standardwerk über Künstliche Intelligenz, im Bücherregal hinter Xis Schreibtisch im Regal zu sehen war. «Einige von Chinas Führern sind Ingenieure. Für sie ist die Gestaltung einer Gesellschaft ein technisches Problem: Wir programmieren sie so, dass sie sich verhält, wie wir wollen.»

Ganz in diesem Sinne baut China einen Überwachungsstaat auf. Seit 2014 erprobt es ein «Sozialkreditsystem» oder «Bonitätssystem» – eine von Algorithmen gesteuerte Maschinerie, die das Verhalten aller Bürger, Unternehmen, Institutionen und Behörden überwacht, bewertet und, je nachdem, belohnt oder bestraft. In diesem «System der gesellschaftlichen Vertrauenswürdigkeit» erfasst der staatliche Datenkrake sämtliche Lebensbereiche. Als sich Bundeskanzlerin Merkel im Frühsommer 2018 über Chinas Digitalisierungs-Strategie informierte, entfuhr ihr beiläufig der Kommentar, George Orwells *1984*-Fantasien seien gegen die chinesische Realität bloß «ein laues Lüftchen» (siehe S. 53 ff.). Das Kontrollmonstrum wird derzeit in 43 Gemeinden und Bezirken getestet. Der Staatsrat will es 2020 landesweit einführen.

Im Niemandsland südwestlich von Peking baut sich Xi Jinping ein 300 Milliarden Dollar teures städtebauliches Denkmal – die Großstadt des 21., ja des 22. Jahrhunderts: durchdigitalisiert, mit sauberen Industrien, Supermärkten, die per Gesichtserkennung Zugang gewähren, Parkplätzen für selbstfahrende Autos und mit öffentlicher Kontrolle durch zigtausend Kameras – ein Prototyp überwachter Urbanität. Der Aufbau des chinesischen Techno-Polizeistaates mithilfe digitaler

Bilderfassung, verbesserter Datenanalyse und Künstlicher Intelligenz ist nicht nur ein innerchinesischer Vorgang, er eröffnet auch eine neue Front geopolitischer Rivalität. Die Autokraten der Welt werden Chinas Orwell-Technologie begierig übernehmen, um ihre Bürger schärfer an die Kandare zu nehmen. Laut Freedom House haben mindestens 18 bereits chinesische Überwachungstechnologie importiert.

Im neunzehnten Jahrhundert standen die europäischen Mächte als Imperien-Bauer im Wettbewerb miteinander. Fast der ganze Weltatlas färbte sich in den verschiedenen Farben der Kolonialstaaten: rot für England, blau für Frankreich, grün für Portugal, ockerfarben für Belgien, braun für Deutschland. Sie eroberten, besetzten, unterdrückten riesige Landstriche. Dies verbietet sich heute. Die Chinesen haben jedoch eine zeitgemäße, dem Zeitalter der Globalisierung angemessene Form des Imperialismus gefunden: ökonomische Durchdringung. Es ist ein Mittelding zwischen *hard power* und *soft power*, nämlich *smart power*. Sie verlassen sich auf die Verlockung ihrer vollen Schatztruhen; deren Anziehungskraft enthebt sie der Notwendigkeit, Zwang auszuüben. Hinzu kommt, was in jüngster Zeit auch *sharp power* genannt wird: der Versuch, mit ausgefeilten Taktiken der Einflussnahme, subtilen Druckes und klandestiner Zersetzung Gewicht und Geltung zu gewinnen. Wie der *Economist* unnachahmlich britisch formulierte: Man erobert nicht mehr *foreign countries*, sondern *foreign minds*, fremde Geister statt fremde Länder.

Während der Westen sich immer verbissener nach innen wendet, bricht China mit dreitausend Jahren Geschichte und wendet sich entschieden nach außen. Wo Amerika unter Präsident Obama den *pivot to Asia* vollzog, eine geopolitische Achsendrehung in Richtung Osten, vollzieht China unter Xi Jinping einen Schwenk nach Westen. Dabei handelt er nach der Anweisung des Militärstrategen Sunzi aus dem fünften Jahrhundert: «Vermeide die Hauptmacht, dringe in die offenen Räume.» Es ist dieselbe Regel, die Yang Yuanqing, Chef des Computerherstellers Lenovo, seinem Unternehmen verordnet hat: *White attack* – «Wir greifen dort an, wo weiße Flecken sind».

Weder Amerika noch Europa weiß, wie es dem dynamischen Aufsteiger China begegnen soll. Donald Trump hat sich in Asien wie in Europa aus der amerikanischen Führungsrolle zurückgezogen und damit Leerräume geschaffen, in die China lustvoll hineinstößt. Eine

seiner ersten Amtshandlungen als Präsident war es, die Transpazifische Partnerschaft (TPP) aufzukündigen, wodurch im Pazifik ein Vakuum entstand, das die übrigen elf Partner unter japanischer Führung nur mühsam ausfüllen konnten. Die Verwässerung seines transatlantischen Engagements und der Handelskrieg, den Trump auch gegen die europäischen Verbündeten vom Zaun brach, spielen China ebenfalls in die Hände. Die Europäische Union ist der chinesischen Herausforderung erst spät gewahr geworden. Sie hat bis heute keine einheitliche China-Politik. Vielmehr hat sie es zugelassen, dass Peking mit seinen Milliarden einen Keil in sie treibt. Mehrere EU-Mitglieder – allen voran Ungarn, Tschechien und Polen, aber auch Griechenland – haben nicht die Kraft aufgebracht, der dollarbewehrten autoritären Verlockung zu widerstehen. (siehe S. 139 ff. und S. 443 ff.)

In Wahrheit befinden wir uns nicht schon wieder in einem Kalten Krieg, wohl jedoch abermals in einem Wettbewerb der Systeme. Diesmal zählen nicht die Armeen und nicht die Atomarsenale, es zählt das Geld. Xi Jinping hat Handel und Investitionen zu Waffen gemacht. Seine Seidenstraßeninitiative schafft ihm eine Einflusssphäre vom Gelben Meer bis nach Europa und Afrika, während seine Hafenerwerbsstrategie die Handelsrouten weltweit unter chinesische Kontrolle zu bringen droht. Es ist höchste Zeit, dass die Brüsseler Gemeinschaft in aller Nüchternheit die wirtschaftlichen Chancen, die der Aufstieg Chinas bietet, abwägt gegen die allgemeinpolitischen und sicherheitspolitischen Risiken, die er heraufbeschwört. Wir dürfen die Augen nicht länger vor der chinesischen Herausforderung verschließen. Während sich Europa zersfaltet, geplagt von dem Brexit-Trauma, EU-Skepsis und Nationalpopulismus, verfolgt Chinas roter Kaiser mit seiner konfuzianischen Einheitspartei einen auf Jahrzehnte angelegten Plan, der sich neu herausbildenden Weltordnung ein chinesisches Gepräge zu geben.

Was kümmert es uns, wenn in China ein Sack Reis umfällt, pflegten wir früher zu sagen. Was im Reich der Mitte geschah, war für uns ohne Belang. Diese Zeiten sind vorbei. Wenn dort die Schweinepest wütet, wird bei uns das Fleisch teurer. Wenn in der Provinzhauptstadt Wuhan das Corona-Virus ausbricht und eine Pandemie verursacht, gerät die gesamte Weltwirtschaft in die Krise. Fällt heute in China ein Sack Reis um, dann bebt die Erde.